

**UZ**

Unsere Zeit  
Zeitung der DKP

März 2008

# notizen

aus Bottrop und Kirchhellen

**Wieder Geld in der Kasse**

## **DKP fordert Sofortprogramm gegen Armut in Bottrop**

**Es geschehen noch Zeichen – Wunder eher weniger: Der Haushalt der Stadt ist jetzt ausgeglichen, nachdem eine neue Form der Haushaltsführung und -berechnung eingeführt wurde!!**

Die Stadt hat im Jahre 2008 Mehreinnahmen von 17 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr. Auch in den Folgejahren bis 2011 erhöhen sich die Steuern und allgemeinen Zuweisungen an die Stadt um insgesamt 21,648 Millionen Euro gegenüber dem jetzigen Stand. Weitere „Sparmaßnahmen“ – sprich: Kürzungen – sind also nicht nötig.

Außerdem erhält die Stadt vom Land Nordrhein-Westfalen vier Millionen Euro zuviel gezahlte Gelder für den „Fonds Deutsche Einheit“ zurück. Diese Gelder sind im Haushaltsentwurf der Verwaltung für 2008 noch nicht berücksichtigt. Mit anderen Worten: Jetzt können alte Sparorgien beendet werden und Gelder für soziale Zwecke locker gemacht werden.

Genau das ist es, was die DKP-Ratsfraktion jetzt fordert: Ein Sofortprogramm gegen die Armut in Bottrop, angefangen im Jahre 2008. Die Finanzierung des Sofortprogramms für die weiteren Jahre könnte durch die Streichung der Mittel für den „Fonds Deutsche Einheit“ erfolgen. Weitere Einnahmen ergeben sich durch ein Zinsmoratorium in Höhe von 11 Millionen Euro sowie die Anhebung der Gewerbesteuer.

### **Die Forderungen der DKP-Ratsfraktion im Einzelnen:**

- Kostenlose Teilnahme an dem Angebot der Offenen Ganztagsgrundschule für alle Schüler, deren Eltern/Erziehungsberechtigten ein verfügbares Jahreseinkommen unterhalb von 17.500 Euro haben.  
**Kosten: ca. 150.000 Euro**
- Kostenlose Mittagessen für alle Schüler der Offenen Ganztagsgrundschule und der Schüler im Ganztagsunterricht der Sekundarstufe I und II, deren Eltern/Erziehungsberechtigte ein verfügbares Jahreseinkommen unterhalb von 17.500 Euro haben.  
**Kosten: ca. 300.000 Euro**
- Ein kostenloses Sozialticket zur Nutzung des ÖPNV in Bottrop für alle Schüler und Erwachsene die ein Anrecht auf den Bottrop Passes haben.  
**Kosten: ca. 600.000 Euro**

*Fortsetzung auf Seite 2*

**Glosse**

### **Wundersame Geldvermehrung**

*Bottrop hat jetzt Geld genug, der Haushalt ist ausgeglichen. Wie das? Gebete? Banküberfälle? Sozialismus? Nichts dergleichen! Die Einführung einer neuen Berechnung des Haushalts und die Rückzahlung von Geldern aus dem „Fonds Deutsche Einheit“ ist einer der Gründe, warum jetzt die „Schwarze Null“ geschrieben werden kann. Das ist jedoch noch nicht in die Köpfe der meisten Ratsvertreter vorgedrungen, die jetzt trotzdem weiter sparen wollen. So lange, bis der Landes- und Bundesregierung einfällt, dass bei manchen Städten ja wieder was zu holen ist. Dann aber ist der Jammer groß im stillen Kämmerlein, versteht sich, bloß nicht öffentlich!*



**Ruf doch mal an im DKP-Büro: ☎ 688157**

**oder**

**komm doch mal vorbei: Germaniastraße 54.**

**Fortsetzung von Seite 1**

## Weitere Forderungen der DKP-Ratsfraktion:

- Übernahme der Kosten für Lernmittel für Schüler, deren Eltern/Erziehungsberechtigte Arbeitslosengeld II, Sozialgeld oder Grundsicherung erhalten.

**Kosten: ca. 55.000 Euro**

- Zahlung einer Weihnachtsbeihilfe von 100 Euro ( Kinder 60 Euro) für Bezieher von Arbeitslosengeld II, Sozialgeld und Grundsicherung.

**Kosten: ca. 1 Million Euro**

- Kostenlose Nutzung der Angebote der VHS, Musikschule, Stadtbibliothek, Freibad und Hallenbäder, Ferienfreizeiten und Kommunales Kino für Inhaber des Bottrop Passes.

**Kosten: Keine, da sonst diese Angebote nicht genutzt werden.**

- Bereitstellung geeigneter Räumlichkeiten für den Bottroper Tisch und die Übernahme der Kosten für Miete und Nebenkosten.

**Kosten: 25.000 Euro**

## Rücknahme der folgenden beschlossenen Maßnahmen aus dem Konzept „Haushaltssanierung 2006 – 2017“

- Rücknahme der Umstellung der pauschalierten Hilfen zum Lebensunterhalt für Kinder in Verwandtenpflegestellen auf Regelsätze nach Sozialhilferecht.

**Kosten: 64.000 Euro**

- Keine Kürzung der Zuschüsse zu Schulfahrten

**Kosten: 20.000 Euro**

- Kein Abbau von Kinderspielplätzen.

**Kosten: 42.000 Euro**

- Verzicht auf 1,50 Euro-Jobs bei der Stadtverwaltung und städtischen Betrieben sowie die Schaffung von 50 neuen Dauerarbeitsplätzen im Grünflächenamt, bei der BEST und weiteren Ämtern der Stadt

**Kosten: 2 Millionen Euro**

- Ausbildung über den Bedarf durch Einrichtung weiterer 50

Ausbildungsstellen bei der Stadtverwaltung.

**Kosten: 500.000 Euro**

- Einstellung eines weiteren Streetworkers für die Arbeit mit Jugendlichen.

**Kosten: 50.000 Euro**

- Einstellung eines Streetworkers beim Gesundheitsamt für die Arbeit mit Erwachsenen, die Alkohol- und/oder Drogenprobleme haben.

**Kosten: 50.000 Euro**

- Start des Projektes Schulverweigerer

**Kosten: 100.000 Euro**

**Die Gesamtkosten des Sofortprogramms gegen die Armut betragen 4.956.000 Euro jährlich. Jetzt ist der Rat der Stadt gefordert: Flagge zeigen!**

*Irmgard Bobrzik, Tel.: 688157*

**Wohnsituation in Ebel**

## Trostlose Ebel?

**Wer in der Ebel seine Augen nicht verschließt, der sieht: Wohnungen und ganze Häuser stehen leer. Bei den Bewohnern der Siedlung gibt es dafür kein Verständnis. Häuser, Wohnungen, Gärten und das Wohnumfeld verkommen und vermitteln ein trostloses Bild für den gesamten Stadtteil.**

Dies kann auch nicht durch die Modernisierungsmaßnahmen im Mathias-Kirch-Weg und den Neubau der altengerechten Wohnungen in der Haßlacherstraße aufgewogen werden.

In der Sitzung des Ausschuss für Stadtplanung und Umweltschutz am 9. August 2007 hatten Vertreter der „RAG Immobilien Management

GmbH“ über die weiteren Planungen der Wohnungsgesellschaft im Ortsteil Ebel nach der Übernahme des Wohnungsbestandes der „Wohnbau Rhein-Lippe“ berichtet. Zur Verbesserung der Wohnsituation in der Ebel wurde von „RAG Immobilien“ die Modernisierung der Bestände als vordringlich bezeichnet.

Das lässt jedoch weiter auf sich warten, stattdessen hat sich der Leerstand in der Siedlung auf 43 „Wohneinheiten“ erhöht. Die DKP schaute sich – zusammen mit Anwohnern und der Presse – vor Ort um und zog daraus Konsequenzen. Die DKP verlangt nicht nur Auskunft vom Chef der Immobiliengesellschaft, sondern auch schnellste Änderung ihrer Politik des Liegenlassens.

*Günter Ziemmek, Tel.: 7340005*

**Etat ausgeglichen**

## Sozial investieren – jetzt!

**Aus der Rede des DKP-Vertreters Ulrich Kunold in der Bezirksvertretung Mitte zum Etat 2008:**

Der Haushalt der Stadt ist unter Berücksichtigung der Regeln des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF) aufgestellt worden. Nach dem NKF ist der Haushalt für das Jahr 2008 ausgeglichen.

Die Stadt hat im Jahre 2008 Mehreinnahmen von 17 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr. Auch in den Folgejahren bis 2011 erhöhen sich die Steuern und allgemeinen Zuweisungen an die Stadt um insgesamt 21,648 Millionen Euro gegenüber dem jetzigen Stand. Ich beantrage daher, die beschlossenen Maßnahmen im Konzept „Haushaltssanierung 2006 - 2017“ sofort aufzuheben.

Zusätzlich erhält die Stadt vom Land 4 Millionen Euro zu viel bezahlte Gelder für den „Fonds Deutsche Einheit“ zurück. Die DKP fordert, damit ein Sofortprogramm gegen die Armut zu finanzieren. Die Finanzierung des Sofortprogramms für die weiteren Jahre kann durch die Streichung der Mittel für den Fonds Deutsche Einheit erfolgen, was die DKP bereits seit Jahren fordert.

Ich unterstützte die Vorschläge der Zentralen Gebäudewirtschaft in Höhe von 170.500 Euro und die Vorschläge des Tiefbauamtes in Höhe von 62.500 Euro. Der Vorschlag der Bottroper Sport- und Bäderbetriebe, die Einrichtung des Multifunktionsraumes in Höhe von 10.000 Euro zu finanzieren, kann nicht meine Zustimmung finden, da gerade das Jahnstadion bzw. der Sportpark am Jahnstadion von überörtlicher Bedeutung für Alt-bottrop hat, schlage ich vor, dass die Einrichtung anteilmäßig von den Bezirksvertretungen Mitte und Süd finanziert wird.

**Fortsetzung auf Seite 3**

**Der Mensch geht vor Profit!**



Deutsche Kommunistische Partei

**Impressum**

### NOTIZEN aus Bottrop und Kirchhellen

**Ich möchte...**

- Informationen über die DKP bekommen.
- Einladungen zu den Veranstaltungen
- Mitglied werden.

Name: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

PLZ, Ort: \_\_\_\_\_

Herausgegeben von der DKP-Ratsfraktion im Rat der Stadt Bottrop. V.i.S.d.P.: Michael Gerber, Germaniastr. 54, 46236 Bottrop. ☎: s. o., ☎: 68 81 57, Email: dkp-bottrop@t-online.de, www.dkp-bottrop.de

Auflage: 20.000. Druck: RollenoffsetdruckKiel. Satz: Anke Pfromm, RuhrEcho Verlag, Bochum

## Nur noch die Roten

# Für das Schwarze!

**Da war doch was? Richtig, 2018 soll Schluss sein mit dem Bergbau, auch in Bottrop. Das scheint so richtig niemanden mehr zu interessieren und ist sowohl aus der öffentlichen Diskussion, als auch von der Tagesordnung der Politik verschwunden.**

Die DKP war die einzige der im Bottroper Rat der Stadt vertretenen Parteien, die sich in den damaligen Diskussionen voll hinter den Erhalt des Bergbaus gestellt hat, selbst die Gewerkschaft der Bergleute war nicht zum Kämpfen bereit und beließ es bei vollmundigen Ankündigungen, man werde „bald“... oder „später“, „wenn“...

Die DKP hat vor einiger Zeit eine umfangreiche Analyse der „Endzeit des Steinkohlebergbaus“ veröffentlicht. Hier ist nicht Platz für die vollständige Widergabe des Papiers, aber die dort festgehaltenen aktuellen Forderungen sind es doch wert, in Erinnerung gerufen und breiter veröffentlicht zu werden.

## Die DKP fordert nämlich:

- Erhaltung der bestehenden Zechenstandorte und der noch existierenden Arbeitsplätze!
  - Erhaltung der Arbeitsplätze in den dem Bergbau vor- und nachgelagerten Bereichen, vor allem in der Bergbautechnik!
  - Keine Zerschlagung und kein Börsengang der RAG!
  - Verlässliche Absicherung der Ewigkeitskosten im Rahmen der RAG!- Stopp der Kohleimporte!
  - Erhaltung der deutschen Steinkohle als Übergangsenergeträger bis zur breiten Nutzung erneuerbarer Energieträger!
  - Verstärkte Erforschung und Entwicklung von Technologien zur Energieeinsparung und zur Nutzung erneuerbarer Energieträger, auch und gerade in den Bergbauregionen!
  - Sofortiger Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie!
  - Nutzung der deutschen Steinkohle als wertvoller Industrierohstoff!
  - Für eine Energiewende! Für soziale Sicherheit, Umweltschutz und internationale Solidarität!
- Über aktuelle Forderungen hinaus brauchen (wir) eine gänzlich andere, eine sozial verantwortliche, umweltverträgliche und die Erfordernisse internationaler Solidarität berücksichtigende Energiepolitik. Eine solche Energiewende muss umfassen:
1. den sofortigen Ausstieg aus der Nutzung der Atomkraft,
  2. den absoluten Vorrang für Energieeinsparmaßnahmen vor jedem Kapazitätsausbau in der Energiewirtschaft,
  3. das gezielte Vorantreiben der Erforschung und Erprobung regenerierbarer Energieträger mit dem Ziel ihrer breitestmöglichen Nutzung,
  4. die vorrangige Nutzung heimischer Energieträger; in diesem Rahmen muss bis zur breiten Durchsetzung regenerierbarer Energieträger die Rolle der heimischen Kohle als kurz- und mittelfristig vorherrschender Übergangs-Energieträger sowie als hochwertiger Industrierohstoff festgeschrieben werden,
  5. das Vorantreiben von Forschung und Entwicklung auf dem Ge-



*Mit einem Besuch des Solizettes der Gewerkschaftsjugend bekundete die DKP ihre Solidarität mit den Bergbaukumpels.*

biet von umweltverträglicher Kohlenutzung, von Energieeinsparmaßnahmen und regenerierbaren Energieträgern gerade auch mit Blick auf die Bedürfnisse von Entwicklungsländern; die Ergebnisse müssen diesen zugänglich gemacht werden, um ihnen eine umweltverträgliche Energieversorgung zu ermöglichen,

6. die Rekommunalisierung der Energiewirtschaft und die Dezentralisierung ihrer betrieblichen Struktur bei ggf. bestehendem Investitionsbedarf und
7. die Vergesellschaftung der Energiewirtschaft unter wirksamer demokratischer Kontrolle, um erreichte Fortschritte unumkehrbar zu machen.

Jörg Wingold, Tel.: 685 911

## Fortsetzung von Seite 2 – Sozial investieren –

# Sozial investieren – jetzt!

### Darüber hinaus beantrage ich:

- Die Erhöhung des Ansatzes für Ehrungen in Höhe von 4.000 Euro
  - 2.000 Euro für die Zuschüsse an Vereine und Verbände
  - Die Erhöhung des Ansatzes für die Unterhaltung von Kinderspielflächen um 400 Euro. Der Beschluss des letzten Jahres, vier Kinderspielflächen zu schließen, ist rückgängig zu machen.
  - Die Erhöhung des Ansatzes für Unterhaltung der Verkehrsflächen um 25.000 Euro.
  - Die Erhöhung des bezirksbezogenen Haushaltsansatzes um 18.500 Euro
  - Die Erhöhung des Ansatzes für Spielgeräte im Bezirk Mitte um 7.700 Euro.
- Lassen Sie mich abschließend noch einige Anmerkungen zum NKF machen. Positiv an dem Neuen Kommunalen Finanzmanagement ist, dass endlich einmal dargestellt wird, dass die Kommunen gar nicht so pleite sind, wie uns gerade die großen Parteien weismachen wollen. Die Stadt Bottrop besitzt Werte (u. a. Gebäude, Kanalisation, Straßen, etc.), die den Haushalt auf solide Füße stellt. Negativ ist aber, dass durch diese Darstellung gerade die Regierungen in Berlin und Düsseldorf versuchen werden, uns weitere Belastungen aufzuerlegen. Und ganz

Schlaue werden dann auf die Idee kommen, diese Werte zu verkaufen oder zu privatisieren. Das wird die DKP auch in Zukunft ablehnen. Wir sind der Meinung, dass diese Werte erhalten und gepflegt werden müssen, damit der Haushalt auch in Zukunft auf gesunden Füßen stehen kann.

### Wir sollten die zur Verfügung stehenden Mittel gerade dafür einsetzen, damit z. B.:

- unsere Kinder in einem vernünftigen Umfeld lernen und spielen können.
- die Menschen in dieser Stadt nicht in Armut leben müssen.

## CO-Pipeline



Fortsetzung auf Seite 6

## DKP für gleichberechtigte Zusammenarbeit

**DIE LINKE lehnt ab**

**Nach der Gründung des Kreisverbandes von DIE LINKE Bottrop hatte der DKP-Kreisvorstand zu einem gemeinsamen Gespräch eingeladen.**

Die Einladung wurde verbunden mit einem Angebot an DIE LINKE, bei der Kommunalwahl auf einer Offenen Liste der DKP zu kandidieren. Bestandteil des Angebotes war auch, einen Vertreter von DIE LINKE auf einem vorderen Listenplatz kandidieren zu lassen, was diesem den sicheren Einzug in den Rat der Stadt ermöglicht hätte. Erst auf Intervention von Mitgliedern des Landesvorstandes von DIE LINKE NRW kam es am 30. November 2007 zu einem Gespräch beider Parteien in Bottrop.

Die DKP wiederholte ihr Angebot und wies auf ihre jahrzehntelange erfolgreiche Arbeit außerhalb und innerhalb des Rates der Stadt hin. Es hatten in der Vergangenheit bereits Mitglieder der PDS auf den Offenen Listen der DKP kandidiert und ein Mitglied von DIE LINKE ist auch heute noch als Sachkundiger Bürger für die DKP im Kulturausschuss vertreten. Bei den Bundestags- und Landtagswahlen hatte die DKP in Bottrop zur Wahl der PDS aufgerufen.

Seitens der Partei DIE LINKE wurde dargestellt, dass man in Bottrop eigenständig kandidieren werde und Abreden mit der PDS aus der Vergangenheit für DIE LINKE nicht gelten. DIE LINKE wolle mit der

DKP auch keine gemeinsame Diskussion, sondern nur eine Darstellung der unterschiedlichen Positionen.

Von Seiten der DKP wurde die Ablehnung einer Zusammenarbeit bedauert. Viele Bürgerinnen und Bürger haben dafür kein Verständnis.

In Bottrop und den Nachbarstädten gibt es eine aktive Bürgerbewegung gegen den Bau der Autobahn A 52 durch das dicht besiedelte Ruhrgebiet. Die DKP ist Bestandteil dieser Bürgerbewegung. DIE LINKE in Bottrop befürwortet stattdessen diesen Autobahnbau!

In Bottrop hat es immer auch eine Kultur der Diskussion und Zusammenarbeit unterschiedlicher linker Positionen gegeben. Davon sind die Vertreter der Partei DIE LINKE in Bottrop weit entfernt, auch innerhalb ihrer eigenen Partei.

Der damalige Vorsitzende von DIE LINKE, Kleinhans, sprach sich mehrfach öffentlich gegen eine Zusammenarbeit mit der DKP aus. Inzwischen verwundert auch nicht mehr, dass er sich in einem Interview die „soziale Marktwirtschaft“ lobte – er ist nämlich öffentlichkeitswirksam bei DIE LINKE aus- und der SPD beigetreten. Mitglied, wem Mitglied gebührt...

Stand der Dinge bei Redaktionsschluss dieser NOTIZEN-Ausgabe ist also, dass DIE LINKE eine Zusammenarbeit unter den Linken in unserer Stadt blockiert. Falls sich daran etwas ändern sollte: Hier werden Sie es erfahren, liebe Leser!

*Jörg Wingold, Tel.: 685 911*

## Interview

**Macht und Diktat der Großkonzerne brechen**

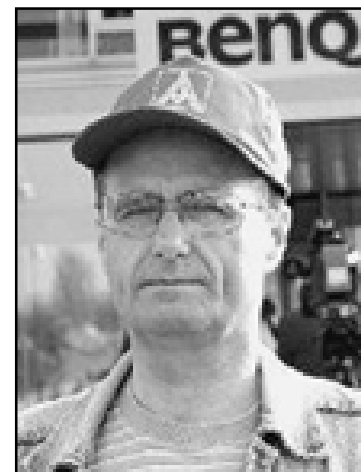
**Interview mit Michael Gerber, ehemaliger Betriebsrat im Handy Werk von Siemens/BenQ in Kamp-Lintfort und DKP-Fraktionsvorsitzender im Rat der Stadt Bottrop**

**NOTIZEN:** Warum engagierst Du Dich in der Solidarität mit den Beschäftigten von Nokia?

**Michael Gerber:** Ich war Wartungselektroniker und Betriebsrat bei Siemens/BenQ. Ich habe vor über einem Jahr bei der Insolvenz von BenQ-Mobile ähnliche Erfahrungen gemacht wie jetzt die KollegInnen von Nokia. Daher weiß ich wie wichtig die Solidarität für die Stärkung der eigenen Kampfkraft ist.

**NOTIZEN:** Was waren Eure Erfahrungen bei BenQ?

**Michael Gerber:** Das wichtigste ist die Wut und Empörung der Beschäftigten aufzugreifen und den Widerstand auf betrieblicher Ebene zu entwickeln. Dabei hat uns das Soli-Zelt geholfen, das sich in den 13 Wochen des Kampfes zu einem Zentrum des Widerstandes entwickelt hat. Dort trafen sich die Beschäftigten um sich gegenseitig Trost zu geben, Mut zu machen, zu diskutieren sowie Aktionen zu planen und vorzubereiten. Das Soli-Zelt machte aus der persönlichen Verzweiflung und Wut kollektiven Widerstand. Jeden Tag um 12 Uhr haben wir vom Betriebsrat und der IG Metall eine Informationsveranstaltung durchgeführt, wo die Belegschaft über alle aktuellen Dinge und den Stand der Verhandlungen mit Siemens informiert wurde. Nur eine Belegschaft die immer aktuell informiert ist und in Entscheidungen einbezogen wird kann dem Betriebsrat sowie der IG Metall den Rücken stärken und erfolgreich Widerstand leisten. Das Soli-Zelt war täglicher Anlaufpunkt aus Betrieben, Verwaltungen, Parteien, Kirchen, Künstlern, Schulen und allen gesellschaftlichen Bereichen, die uns mit ihrer Solidarität den Rücken gestärkt haben. Allein auf betrieblicher Ebene ist eine Werksschließung nicht zu verhindern. Hinzu kommen muss der Aufruhr einer ganzen Region.



**NOTIZEN:** Euer Kampf endete mit der Schließung des Werkes. Hat sich der Kampf trotzdem gelohnt?

**Michael Gerber:** Die Schließung des Werkes und der Verlust von 1.700 Arbeitsplätzen in Kamp-Lintfort war eine bittere Niederlage. Trotzdem haben wir erhobenen Hauptes den Kampf beendet. Die Auseinandersetzung und die erfahrene Solidarität hat uns für die Zukunft stark gemacht. Siemens/BenQ konnte uns den Arbeitsplatz nehmen, nicht aber unsere Würde! Trotz Transfersgesellschaft sind jetzt immer noch über 700 Beschäftigte arbeitslos. Es trifft vor allem Frauen und die Älteren.

**NOTIZEN:** Welche Schlussfolgerungen ziehst Du aus dem Aus für BenQ und der geplanten Schließung von Nokia?

**Michael Gerber:** Dass hochproduktive Standorte geschlossen werden auf der Jagd nach Maximalprofiten und noch höheren Subventionen, liegt in der Logik des Kapitalismus. Es gilt daher die Macht und das Diktat von Großkonzernen wie Siemens und Nokia einzuschränken und zu überwinden. Wir brauchen eine qualifizierte Investitionskontrolle der Konzerne durch die Belegschaften und die Gewerkschaften. Dazu brauchen wir eine breite Diskussion in den Betrieben, in der IG Metall sowie dem DGB. Entwickeln wir gemeinsam eine neue Kultur des Widerstandes! Denn im Kapitalismus rettet auch der beste Sozialplan viele KollegInnen nicht vor der Arbeitslosigkeit. Es stellt sich daher immer drängender die Eigentumsfrage: Nokia ist zu enteignen!

## Veranstaltungshinweis

**Schon mal vormerken:**

**Mittwoch, 16. April 2008  
um 17.00 Uhr**

**stellt Auf Einladung der DKP-Ratsfraktion stellt das Institut PROGNOSE eine Sonderauswertung ihrer Studie zur Kinderfreundlichkeit über unsere Stadt Bottrop vor.**

**Ort: SPIELRAUM, Prosperstr. 71**

**Eigener Markt:**

## Vernunft setzt sich durch

**Seit Jahren soll der Eigener Marktplatz umgestaltet werden. Es gab eine Bürgerversammlung und Workshops zur Umgestaltung der Straßenführung, des Kiosks, der Toilette, des Bunkers und des Marktpflasters.**

„Mein Eigen“, die Stadtteilzeitung der DKP, stellte die Frage: Was wird aus „Meinem Eigenen Markt“? Aber die Baumaßnahmen wurde von Jahr zu Jahr verschoben. Der verkommene Zustand des Pflasters blieb – trotz Unterschriftensammlungen und Eingaben im Stadtrat – ein gefährliches Ärgernis, vor allem für Gehbehinderte.

Stattdessen wurde 2005 ein Teil des Marktes heimlich an einen „Backshop“ verkauft, obwohl im unmittelbaren Umfeld fünf Bäckereien liegen. Nur die DKP protestierte energisch, machte die Sache öffentlich und forderte, einen Pavillon zu bauen und diesen zu verpachten. Der Markt gehört der Allgemeinheit und darf kein Spekulationsobjekt werden.

2007 folgte die Ernüchterung: Kleinalt laut musste die Stadt eingestehen, dass die „Backshop“-Firma nichts auf die Reihe bekam. Der Vertrag wurde einseitig durch die Stadt aufgehoben. Doch statt aus der Erfahrung klug zu werden, zauberte die Verwaltung einen neuen Investor aus dem Hut: Ein Bottroper Geschäftsmann sollte einen zweigeschossigen Pavillon errichten. Herbert Dibowski, DKP-Ratsherr, protestierte energisch. Der Beschluss wurde vertagt.

Seit einigen Wochen hat sich die Vernunft durchgesetzt: Der Eigener Markt bleibt städtisches Eigentum, die Baugesellschaft errichtet ein Café und verpachtet es. In dem neuen Gebäude ist eine öffentliche Toilettenanlage integriert, einschließlich Behindertentoilette. Fest steht: Mit dem Neubau bekommt der Eigener Markt ein neues Gesicht, die Umgestaltung des Platzes hat begonnen. Ob das den Bürgern auch gefällt, wird sich zeigen – in die Planung einbezogen wurden die Bürgerinnen und Bürger ja auch hier wieder nicht.

*Manfred Plümpe, Tel.: 94135*

**Arm oder reich??**

## Nichts Genaues weiß man nicht!!

**Lange hat man ja gehört: Bottrop is ne arme Stadt, die nix zu verkaufen hat. Dass die Politiker – außer der DKP – und die Stadtoberen aber gar nicht wissen wollen, welche Vermögenswerte die Stadt eigentlich besitzt, das ist doch schon seltsam und deutet auf Verborgenes hin.**

Mehrere Anfragen der DKP nach dem Wert der Bilder, welche sich im Quadrat und dessen Lager befinden, sind nämlich in der Vergangenheit nicht beantwortet oder auf die lange Bank geschoben worden. Entweder weiß das zuständige Dezernat gar nicht, was vorhanden ist, es ist nicht in der Lage, zu ermitteln, was im Lager liegt oder will was verheimlichen – man kann es sich fast aussuchen.

Gerüchten zufolge soll es jedoch einen nicht ganz kleinen Keller im Bottroper Kunstbunker geben, wo

selten und nicht gezeigte Werke moderner Künstler gelagert sind. Manche weniger wertvolle Gemälde sollen hingegen die Büros von Großkopfen der Stadtverwaltung zieren.

Dabei können Kunstgegenstände bekanntermaßen schon richtig teuer sein, schließlich steigen sie im Wert meist nach der Erwerbung. Man muss ja nicht gleich an Verkaufen denken, um wissen zu wollen, was vorhanden ist, man denkt beispielsweise auch an Kontrolle, dass auch alles bleibt, wo es ist! In manchen Ruhrgebietsstädten – so war den Nachrichten zu entnehmen – werden ehemalige Chefs der Stadtverwaltungen nun aufgesucht, um zu schauen, ob sie nicht Kunstgegenstände nach der Pensionierung einfach aus den Büros mitgenommen haben.

Bottrop hat es da glücklicherweise leichter: Man kann nichts mitgehen lassen oder verkaufen, was man nicht registriert hat. Praktisch, nicht wahr?

*Herbert Dibowski, Tel.: 338 55*

**Gegen „Pro NRW“**

## Gegen Ausländerfeindlichkeit – Gegen Rassismus

**Die DKP Bottrop ruft die Bürgerinnen und Bürger der Stadt auf, sich von politischen Rattenfängern wie „Pro NRW“ oder „Pro Bottrop“ nicht locken zu lassen.**

Diese angeblich neue Partei besteht zum großen Teil aus ehemaligen Funktionären von Neonaziparteien oder Parteien des Rechten Randes wie der NPD oder den „Republikanern“. Sie stützt sich auf eine ausländerfeindliche und rassistische Programmatik, die sie in Köln im Zuge der Diskussion um den dortigen Moscheebau deutlich zum Ausdruck gebracht hat. Auch wenn die Haltung, alle Ausländer seien potentielle Kriminelle mitt-

lerweile von großen Parteien instrumentalisiert wurde, wie zum Beispiel durch den CDU-Spitzenkandidaten bei der Landtagswahl in Hessen, so ist die Programmatik von „Pro NRW“ weitergehend und fast ausschließlich auf diesen Inhalt bezogen.

In anderen Regionen Deutschlands lässt die „Pro Sowieso“-Bewegung schon mal die Maske der Bürgerlichkeit fallen. So wurde ein Sprecher von „Pro München“ in einer dortigen Veröffentlichung ziemlich deutlich: „Wer nicht zu uns nach München, nach Bayern paßt, ist der Nichteuropäer! Der Orientale, der Türke, Kurde, Araber, Afrikaner!“ „Pro NRW“ pflegt – so wurde kurz nach der Gründung bekannt – Absprachen mit anderen Parteien am

Rechten Rand, wie der NPD und zu rechten Parteien in Österreich und Belgien. Bekannt geworden ist diese „Bewegung“ auch durch das Erschleichen von großformatigen Anzeigen in ihren Flugschriften, indem die Inserenten über die wahren Ziele der Zeitschriften getäuscht wurden.

Als Galionsfigur des hiesigen Ablegers „Pro Bottrop“ wird voraussichtlich Herr Josef Scholand fungieren, der bislang noch als „Republikaner“ in der Bezirksvertretung Süd einen Sitz innehat. Dort ist er allerdings bislang nicht durch sachbezogene Beiträge oder Anträge aufgefallen, sondern allenfalls durch Zustimmung von Anträgen mal dieser und mal jener Partei.



Die DKP ist der Meinung, dass allein die Bezeichnung „Pro NRW“ oder „Pro Bottrop“ schon irreführend ist, da sie mit ihrer Frontstellung gegen Ausländer die Bevölkerung des Landes und der Stadt spalten und eine ganze Gruppe von Mitbürgern letztendlich vertreiben will. Wehret den Anfängen!

*Ria Reichel, Tel.: 51830*

CO-Pipeline

DKP in Essen, Bottrop und Gladbeck

# Giftgas in Kirchhellen geplant

# Gemeinsam gegen den Ausbau der Autobahn A52

Den Begriff „Kohlenmonoxid“ oder die Abkürzung dafür „CO“ kennen viele Menschen von der gleichnamigen Vergiftung durch Autoabgase – darum hängt an Garagen auch ein Schild „Motor abstellen“.

Mit diesem Gas ist also nicht zu spassen oder leichtfertig umzugehen, denn es ist außerdem explosiv. In einer Sitzung des Umweltausschusses des Landtages NRW hat sich die Landesregierung allerdings jetzt zu Plänen bekannt, eine Pipeline mit diesem Giftgas von Uerdingen nach Dormagen später zu einem landesweiten CO-Verbund zum Chemiapark nach Gelsenkirchen-Scholven auszubauen. Bei einer Sitzung des Landtages, in der über die

Kirchhellen führen – mitten durch ein Gebiet, das auch in Jahrzehnten noch von Bodensenkungen betroffen sein wird.

Die DKP-Fraktion verurteilt diese Planungen. Selbst bei kleinsten Beschädigungen der Leitung kann das Kohlenmonoxid, was zu seiner Giftigkeit und Explosivität auch noch geruchlos ist, die Trasse zu einer Todeszone machen.



Die DKP-Fraktion wird bei der NRW Landesregierung nachfragen, wie weit der Planungsstand des CO-Verbundes ist. Mit den Bürgerinitiativen in Düsseldorf und am Niederrhein hat die DKP-Fraktion Kontakt aufgenommen.

Dagmar Gerber, Tel.: 96227

Die DKP-Ratsfraktionen in Bottrop und Gladbeck und die DKP-Kreisorganisationen in Essen, Bottrop und Gladbeck lehnen den Aus-/Weiterbau der A52 ab.

Die Trasse würde vom bisherigen Ende der A52 in Essen-Frillendorf durch dichtbesiedeltes Essener Gebiet bis zum „Kreuz Essen-Nord“ und weiter auf der Trasse der B224 über Bottroper und Gladbecker Gebiet zum Ausbauende der A52 an der Stadtgrenze Gladbeck/Gelsenkirchen führen.

Diese zusätzliche Nord-Süd-Autobahn würde zusätzlichen Verkehr anziehen und wäre eine weitere PKW- und vor allem LKW-Transitstrecke. Eine erhebliche Steigerung des Verkehrsaufkommens wäre zu erwarten.

## Das bedeutet:

- Zusätzlicher Lärm durch Erhöhung der durchschnittlichen Geschwindigkeit,
- zusätzlicher Dreck durch zusätzliche Abgase,
- Verlust von Fläche, Erholungsgebieten, Kleingartenanlagen und Grünflächen,
- der Umbau würde etwa 5 bis 10 Jahre dauern und dadurch zusätzliche Belastungen für den Verkehr in den drei Städten bedeuten.

Michael Gerber, Tel.: 96227

## Die DKP hat Alternativen:

- Verwendung der für den Ausbau der B224 nötigen Landes- und Bundesmittel für den Ausbau des Schienenverkehrs;
- Verbilligung der Fahrpreise für den ÖPNV;
- Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene;
- Einführung einer stadtübergreifenden „Citylogistik“ für das Ruhrgebiet.

DKP-Ratsfraktion

# Sand im Getriebe

Die DKP-Fraktion ist bei manchen gefürchtet und bei anderen beliebt.

Gefürchtet wird sie von den „großen“ Parteien, weil sie mit ihren vier Vertretern über Ratsinternas informiert, die eigentlich von der großen Mehrheit des Rates lieber unter den Teppich gekehrt oder – was fast noch schlimmer ist – schlicht nicht beachtet werden.

Und das wiederum ist der Grund, warum die DKP-Fraktion bei vielen Bürgerinnen und Bürgern beliebt ist.

Beispiele aus der jüngsten Zeit gefällig?

**Autobahnbau:** Dass der Ausbau der B 224 zur A 52 den Abriss einiger Häuser und die Vernichtung von Schrebergartenfläche bedeutet, erfuhren die Betroffenen weder von der Stadtverwaltung, noch von SPD oder CDU, sondern von der DKP. Eine Bürgerinitiative hat sich gebildet.

**Innenflächenbebauung:** Dass zum Beispiel die Fläche zwischen Möddericher- und Korzmannstraße bebaut und – nicht nur hier – mal wieder Grün dem Grau geopfert werden soll, teilte den Anwohnern die DKP mit. Andere Parteien waren sich dafür wohl zu fein oder es interessierte sie nicht. Selbst an-



CO-Pipeline diskutiert wurde, gab es eine Mahnwache von Bürgerinitiativen, die gegen den Bau der

CO-Pipeline und den weiteren Planungen protestierte. Wenn es dann dazu kommt, diese Rohrleitung bis Gelsenkirchen zu verlängern, würde sie auch durch Bottrop, genauer gesagt, durch



Planung der Giftgaspipeline vom Chemiapark Uerdingen über Oberhausen zum Chemiapark Gelsenkirchen-Scholven

Fortsetzung auf Seite 7, oben rechts

## Lösung für Albert-Schweitzer-Schule unbefriedigend

## Fortsetzung von Seite 6

# Schulweg zu weit

**In einer gemeinsamen Erklärung setzten sich Jürgen Schmidt, schulpolitischer Sprecher von Bündnis 90/DIE GRÜNEN und Ulrich Kunold, schulpolitischer Sprecher der DKP-Fraktion, mit der Situation nach der Schließung der Albert-Schweitzer-Grundschule auseinander.**

## Darin heißt es:

Die ständige Verlegung der Albert-Schweitzer-Schule zur ehemaligen Lutherschule an der Prosperstraße halten die beiden schulpolitischen Sprecher für unbefriedigend und nicht akzeptabel.

Diese Lösung, von der Stadtverwaltung ausschließlich unter finanziellen und nicht unter pädagogischen Gesichtspunkten getroffen,

lehnen wir ab. Die Verlagerung führt dazu, dass in diesem Stadtteil keine fußläufige Grundschule mehr vorhanden ist. Das Prinzip „Kurze Beine, kurze Wege“, das unseren Grundschulern einen kurzen Schulweg garantiert, kann dadurch nicht mehr gewährleistet werden.

Aus unserer Sicht ist eine alternative Lösung vorhanden: Die alte Agatha-Schule an der Pestalozzistraße. Diese wird zwar zurzeit vom Katasteramt genutzt, könnte aber wieder hergerichtet werden. Dass dies natürlich mit finanziellem Aufwand geschehen muss, leuchtet ein, aber die Frage ist berechtigt: Ist das nicht im Interesse der Schulkinder notwendig?

Auch die von der Stadtverwaltung vorgeschlagene Lösung kostet Geld. Die Einnahmen aus dem Verkauf des Grundstücks der heutigen Albert-Schweitzer-Schule werden auch recht

stättlich ausfallen. Dieses citynahe Grundstück wird einen Preis erzielen, der den Umbau der alten Agatha-Schule finanzieren könnte. Der von der Stadtverwaltung vorgeschlagene Schülerspezialverkehr, der zurzeit zur Lutherschule besteht und jetzt schon eine große Belastung für die Schulkinder ist, könnte zusätzlich eingespart werden.

Gerade für Grundschüler ist wegen des starken Verkehrs – auch von LKWs – auf der Prosperstraße der Schulweg als gefährlich und zu weit einzustufen. Dagegen liegt die alte Agatha-Schule in einer 30-km-Zone im Stadtzentrum.

Die beiden Sprecher sind der Meinung, dass die Renovierung der alten Agatha-Schule und das Wohl der Kinder, das Interesse der Eltern und Lehrer mehr Gewicht haben sollten, als finanzielle Überlegungen.

Ulrich Kunold, Tel.: 68 84 56

# Sand im Getriebe

geblich „ökologische“ Parteien scheuen sich nicht, dem Grünfraß zuzustimmen. Auch hier bilden sich Bürgerinitiativen.

**Wohnungsleerstand:** Dass in der Ebel dutzende Häuser bzw. Wohnungen leerstehen, kümmerte außerhalb so gut wie niemanden. Nachdem die DKP mit Anwohnern an die Presse gegangen war, meinten SPD-Vertreter plötzlich: Aber wir wollten doch auch... Möglich, aber unwahrscheinlich.

Mieterprobleme, Hartz-IV-Probleme, Verkehrsprobleme – die DKP-Fraktion ist hier manchmal zwar letzte Instanz Verzweifelter, aber häufig auch helfende Institution, wenn andere schon angesprochen wurden.

**Die DKP-Fraktion ist unverzichtbar!**

Gertrud Schulz, Tel.: 68 40 55

## DKP-Bottrop im Internet

**„www.dkp-bottrop.de“ – so heißt die Seite der Bottroper Kommunisten, welche nach langem Ausprobieren, Überlegen und Verschieben nun endlich im Internet zu finden ist. Anregungen zum Bessermachen oder Lob und Tadel sind erwünscht unter: [dkp-bottrop@t-online.de](mailto:dkp-bottrop@t-online.de)**

DKP

## Ratsfraktion Bottrop

- DKP Vertreter im Rathaus
- Aktuelles
- Reden und Anträge
- Medienecho
- Termine
- Bottroper Notizen
- DKP Kreis Bottrop

Die DKP ist zurzeit mit vier Personen im Rat der Stadt Bottrop vertreten.

Wir kochen dort nicht unser eigenes Süppchen, sondern vertreten die Interessen der Mitbürger.

Darum informieren wir Sie über alles Wichtige und sind an Ihrer Seite, wenn Sie sich für Ihre eigenen Interessen aktiv einsetzen.

Nur wenn Betroffene selbst aktiv werden, ist im Stadtparlament etwas zu erreichen - dann ist auch die kleine DKP-Fraktion stark.

**DKP**  
ins Rathaus

**damit man draußen sieht was drinnen vorgeht!**

andere linke Fraktionen

## Das Geld wird k(ar)nap

# RWE erpresst höhere Müllgebühren

**Das RWE hat mit den Städten Essen, Mülheim, Gelsenkirchen, Gladbeck und Bottrop langfristige Verträge bis 2015 über die Verbrennung von Hausmüll im Müllheizkraftwerk (MHKW) Karnap.** Trotz bestehender Verträge sollen die Bürger mit jährlich 21 Millionen Euro zusätzlich für die nächsten sechs Jahre zur Kasse gebeten werden. Für Bottrop bedeutet dies zusätzliche Müllgebühren von ca. 1,37 Millionen Euro.

führung beauftragen. Alle notwendigen Instandhaltungs-, Sanierungs- und Ersatzinvestitionen würden an die Betreibergesellschaft übertragen. RWE-Power kann sich damit auf das lukrative Geschäft der Stromerzeugung sowie der Fernwärme konzentrieren und dort die Gewinne einstreichen. Vermutlich sollen auch die Immissionswerte zu Lasten der Kommunen gehen und die Umweltbilanz von RWE-Power aufbessern.

Das Vertragswerk wurde bisher unter Ausschluss der Räte verhandelt. Es soll in den nächsten Wochen den



*Einen gebührenden Empfang bereitete die DKP beim Neujahrsempfang RWE-Chef Großmann*

Für die nächsten 6 Jahre sollen „freiwillig“ 8,22 Millionen Euro mehr bezahlt werden. Angeblich soll RWE-Power – der Betreiber des MHKW – dann bereit sein, ab 2015 einen Marktpreis für die Müllverbrennung anzubieten, der unter dem Entsorgungspreis von 2014 liegen soll. 6 Jahre lang erpresst RWE-Power so höhere Müllgebühren mit dem vagen Versprechen eines geringeren zukünftigen Preisanstiegs. „Diese Erpressung lehnen wir entschieden ab“, äußert sich dazu Irmgard Bobrzik, DKP Ratsfrau: „Schon wieder sollen die Verbraucher zugunsten höherer Profite der Energiekonzerne zur Kasse gebeten werden.“

Hintergrund dieser Gebührenerhöhung ist die Absicht von RWE-Power, sich von der Müllverbrennung in Karnap zu trennen und diese an die „Karnap-Städte“ zu verpacken. Die beteiligten Städte sollen dafür eine Betreibergesellschaft gründen und RWE-Power mit der Betriebs-

Ratsmitgliedern zur Beschlussfassung vorgelegt werden und rückwirkend ab 1. Januar 2008 gelten. Die DKP fordert, dass die Verträge endlich offen gelegt werden.

*Michael Gerber, Tel.: 9 62 27*

## Meldungen aus dem Rat und den Ausschüssen

Im Zuge der Haushaltskonsolidierung wurde das Pflegegeld für Kinder in Verwandtenpflegestellen auf Sozialhilfeniveau gesenkt. Das „Sozialgeld“ liegt unterhalb der Lebenshaltungskosten, besonders bei Schulkindern. Kinder aus Problemfamilien sind damit doppelt benachteiligt, emotional und materiell. Mit der Kürzung hat die Stadt Verwandte, die Kinder innerhalb der Familie aufnehmen, unzulässig ausgenutzt und moralisch erpresst. Eine Heimunterbringung käme die Stadt nämlich um ein Vielfaches teurer. Aus Sorge um das Kindeswohl scheuen die Verwandten vor diesem Schritt zurück. Großeltern mit geringer Rente geraten mit der Übernahme einer Verwandtenpflegestelle selbst in eine unzumutbare Armutsfalle. Es darf jedoch keine Pflegekinder zweiter Klasse geben. Der Aufwand für die Erziehung der Pflegekinder muss auch angemessen finanziell honoriert werden. Die DKP fordert daher die Rücknahme dieser Maßnahme, mit der die Stadtverwaltung für 2008 und die Folgejahre jährlich 64.000 Euro sparen will.

Die Bezirksvertretung Süd hat zugestimmt, dort eine Bürgerfragestunde einzurichten, wie es sie im Rat der Stadt bereits gibt. Die Bezirksvertretung Mitte hat jedoch einen entsprechenden Antrag von Ulrich Kunold, Bezirksvertreter der DKP, mit den Stimmen von SPD und CDU und ohne Aussprache abgelehnt. Möglicherweise ist man sich in Mitte ja zu fein, den Pöbel sprechen zu hören und ihm auch noch antworten zu müssen – igittigittigitt...

Der Klimawandel ist wohl eine nicht mehr wegzuredende Tatsache – aber viele Menschen tun so, als würde er auf einem anderen Planeten stattfinden. Die DKP-Ratsfraktion hatte daher beantragt, eine Sondersitzung des Rates der Stadt durchzuführen, um über die Folgen der Erderwärmung für die Bürger unserer Stadt zu diskutieren und Schlussfolgerungen daraus zu ziehen. Die großen Fraktionen halten das nicht für sooo wichtig und wollten nur noch ein, das Thema auf einer Sitzung des Hauptausschusses zu besprechen. Wetten, dass dabei nur allgemeine Wehklagen zu hören sein, aber keine Konsequenzen gezogen werden? Schließlich sind fast alle Parteien immer noch für den Bau der Autobahn A52 mitten durch das Ruhrgebiet und den Osten unserer Stadt.

Die Westdeutsche Landesbank – WestLB – hat infolge der amerikanischen Immobilienkrise erhebliche Verluste zu verzeichnen. Die Fehlspekulationen der NRW-Landesbank kommen die Bürgerinnen und Bürger teuer zu stehen, nämlich etwa 3 Milliarden Euro. Die geplante Sanierung der Bank sollen 1.500 Beschäftigte mit dem Verlust des Arbeitsplatzes bezahlen. Die zuständigen Bankmanager werden dagegen nicht zur Verantwortung gezogen. Die DKP-Ratsfraktion stellte daher ein paar Fragen an die Stadtverwaltung, nämlich:

Die Sanierung der WestLB wird von den rheinischen und westfälischen Sparkassenverbänden mitgetragen, welche Auswirkungen hat dies für die (Stadt-)Sparkasse Bottrop und ihre Kunden? Wird die Sparkasse Bottrop künftig weniger Überschüsse für soziale und kulturelle Zwecke in Bottrop zur Verfügung stellen können?

Der Bezirksvertreter und sachkundige Bürger für die ÖDP Willi Urban hat im letzten Jahr einen „Baumschutz-Stammtisch“ gegründet. Ziel ist es, sich für die Erhaltung der Natur in unserer Stadt einzusetzen. Der Stammtisch kritisiert das geplante Gewerbegebiet Kraneburger Feld und die Bebauung der Innenfläche an der Möddericher Straße. Gleichzeitig befürwortet die Ratsfraktion der ÖDP die Bebauung von Innenflächen, wie eben der an der Möddericher Straße sowie der Schürmannstraße in der Ebel. Welches der beiden Gesichter der ÖDP zählt denn nun?

★ zeit zu kämpfen ★ zeit zu feiern ★ festival der jugend 2008 ★

**40 jahre SDAJ**  
der kampf geht weiter

3 Tage Live-Programm \* Open-Air-Bühne mit SKA, Hip-Hop, Folk-Bands  
9. bis 12. Mai 2008 | Jugendpark | Köln

Mehr Informationen bei den Gruppen und unten: [www.sda-j-pfingstcamp.de](http://www.sda-j-pfingstcamp.de)

Unterstützt uns. Erzähl es weiter. Und spendet.  
SDAJ | Stichwort = Festival + Berliner Volksbank | BLZ: 100 900 00 | KtoN: 100 489 2000